

**Stephan Grigat**

**Persistenz des Antizionismus. Neuere Publikationen  
zu Israel, Zionismus und iranischem Regime**

**In: *sans phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik*, Heft 9,  
Dezember 2016**

**<http://www.sansphrase.org>**

freien Aktion“ gegen das Bataclan und die dort stattfindende Gala zugunsten von Magav. Ungefähr bei Minute 3:45 hört man Rufe: „Hey, Israel, sieh her! Ein Sommer-Souvenir!“<sup>76</sup>, und jemand hält den französischen Einsatzkräften eine Hisbollah-Fahne entgegen. Die Meute lacht. Worauf genau sich die Anspielung „Sommer-Souvenir“ bezieht, wird nicht ausgesprochen. Im Sommer 2006 hatte ein Kommando der Hisbollah in der Aktion „Gehaltenes Versprechen“ die libanesische Grenze zu Israel heimlich überquert und eine Grenzpatrouille der Tsahal in einem Hinterhalt attackiert. Drei Soldaten wurden bei der Aktion getötet, zwei weitere entführt; auch sie kamen nicht lebend nach Israel zurück. Die Aktion war der Auslöser für den Zweiten Libanon-Krieg.

76 YouTube-Video: „Magav, war criminals in Paris“. [https://www.youtube.com/watch?v=YY7Yv\\_qKXhA](https://www.youtube.com/watch?v=YY7Yv_qKXhA) (letzter Zugriff: 18.10.2016).

---

Stephan Grigat

## Persistenz des Antizionismus

Neuere Publikationen über Zionismus, die Linke und das iranische Regime

Womit man es in einem ideologiekritischen Sinn beim linken Hass auf Israel und den Zionismus zu tun hat, ist in den letzten 25 Jahren rauf- und runterdekliniert worden: Die Existenz von antisemitischen Ressentiments in der Linken ist heute evident und angesichts der ausufernden Literatur, die sie wieder und wieder belegen, kann ihr Leugnen schon lange nur mehr als eine ihrer Ausdrucksformen angesehen werden. In den meisten Spielarten des Antizionismus treten sie als eine spezifische Form des Antisemitismus nach Auschwitz auf. Einerseits aus Mangel an konkreten Hassobjekten, andererseits wegen der Tabuisierung von offener Judenfeindschaft in linken Kreisen, richten sie sich gegen den kollektiven Juden, den Staat Israel. Dass die im Antizionismus angelegten Vernichtungsphantasien und versuche nicht Realität geworden sind, verdankt

sich der israelischen Staatsgewalt. Der Antizionismus der Linken „ist die Anwendung des antiimperialistischen Schemas auf den Konflikt zwischen Israel und der palästinensischen nationalen Befreiungsbewegung. ... Das antiimperialistische Weltbild ist den antisemitischen Stereotypen gegenüber nicht nur nicht immun, sondern es tendiert, wird es zum Antizionismus konkretisiert, dazu, diese selbst hervorzubringen.“<sup>1</sup> Ideologiekritik kann nicht nur zeigen, inwiefern der Antisemitismus die Biologisierung und Personalisierung des real Abstrakten kapitalakkumulierender Ökonomie betreibt, sondern auch deutlich machen, inwiefern der Antizionismus in den meisten seiner Ausprägungen eine geopolitische Reproduktion des Antisemitismus darstellt. Der Antizionismus bedient sowohl das linke als auch das deutsch-europäische Bedürfnis nach Abspaltung und Projektion. Die Gewalttätigkeit der eigenen Staatswesen wird verdrängt und auf Israel projiziert: „Blind für ihr eigenes Gewordensein muss das an Israel denunziert werden, worin die bürgerlichen Gesellschaften an ihre Robespierres, Franklins und Lenins gemahnt werden könnten. Weil die Konstitution Israels nicht abgeschlossen ist ... erscheinen seine Staatsmänner als Barbaren, wo sie doch nur Vollstrecker nachgeholter bürgerlicher Revolutionierung sind.“<sup>2</sup>

Der Antisemitismus als ökonomische Seite des Judenhasses konstruiert das Bild des Shylock-Juden und spaltet darin jene notwendigerweise zum Kapital gehörigen, aber als bedrohlich, unmoralisch, illegitim, volksfremd, zersetzend und zerstörend empfundenen Elemente des ökonomischen Prozesses ab. Dieses schon für den vor-modernen Antisemitismus charakteristische Bild wird in der antizionistischen Propaganda ergänzt durch das des Rambo-Juden<sup>3</sup>, dessen sinnbildliche Verkörperung der israelische Soldat ist. So wie sich der Antisemitismus im Gegensatz zum Rassismus nicht gegen die tatsächlich oder vermeintlich Unter-

1 Thomas Hauray: Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus. In: Leon Poliakov: Vom Antizionismus zum Antisemitismus. Freiburg 1992, S. 141.

2 Initiative Sozialistisches Forum: Go straight to Hell. In: Phase 2 12/2004, S. 63.

3 Siehe Andrei S. Markovits: Antiamerikanismus und Antisemitismus in Europa. In: Doron Rabinovici; Ulrich Speck; Natan Sznajder (Hg.): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte. Frankfurt am Main 2004, S. 218.

legenen richtet, sondern gegen die als überlegen Wahrgenommenen, so richtet sich der Antizionismus ebenso wie der Antiamerikanismus nicht gegen die Loser-Staaten in der internationalen Konkurrenz der Souveräne, sondern gegen jene, denen ihr Erfolg verübelt wird. Schon dadurch kann sich der Antizionismus ganz ähnlich wie der Antiamerikanismus den Schein des Rebellen und die Aura moralischer Dignität geben, die ihn gerade für Linke interessant macht, auch wenn er damit nur seinen Konformismus und seine Perfidie zu kaschieren versucht.

Viel lässt sich dem heute nicht mehr hinzufügen. Und doch macht es Sinn, den konkreten Erscheinungsformen und den Transformationen des linken Antizionismus nachzuspüren, nicht zuletzt, da seine Argumentationsmuster mittlerweile im europäischen Mainstream angekommen sind, was beim politischen Personal offensichtlich dazu führt, blanken Antisemitismus bei Vertretern der palästinensischen Sache selbst dann nicht mehr zu erkennen, wenn sie unmittelbar damit konfrontiert werden: Ende Juni 2016 hielt Mahmud Abbas im EU-Parlament eine flammende Rede, in der er der europäischen Öffentlichkeit nicht nur die üblichen Verdrehungen der Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes präsentierte, sondern ganz in der Tradition der mittelalterlichen Judenfeindschaft auch behauptete, in Israel würden Rabbiner fordern, die Regierung solle palästinensische Brunnen vergiften, um so einen Genozid an den Palästinensern zu begehen. Nur wenige Tage später musste er diese Lüge, die er von seinen eigenen Propagandisten übernommen hatte, eingestehen, was in der europäischen Öffentlichkeit schulterzuckend zur Kenntnis genommen wurde. Zuvor bekam der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, der mit seinem Auftritt abermals dokumentiert hat, dass Antisemitismus keineswegs nur bei radikal-islamistischen Organisationen eine entscheidende Rolle spielt, sondern auch bei Leuten, die, wie der PLO- und Fatah-Vorsitzende, als ‚moderate Palästinenser‘ gehandelt werden, von nahezu allen Abgeordneten des EU-Parlaments stehende Ovationen, und der sozialdemokratische Parlamentspräsident Martin Schulz sprach gar von einer „inspirierenden Ansprache“.<sup>4</sup>

Bis zum heutigen Tag machen linke Antizionisten im Namen der Menschenrechte, des Antifaschismus und des Antirassismus gegen Israel mobil. Ein aktuelles Beispiel dafür liefert die neuste Hamas-Solidaritätsflotte, bei der zum wiederholten Male Parlamentarierinnen europäischer Linksparteien ganz offen mit bekennenden Islamisten kooperieren. Während es auf der geschlechtersegregierten Mavi Mamara 2010 noch ein „Frauendeck“ gab, stach Ende September 2016 ein rein weiblich besetztes „Women’s Boat to Gaza“ von Barcelona aus in See. Unterstützung bekamen die *Mujeres Rumbo a Gaza* unter anderem von der linksalternativen Podemos, deren Generalsekretär Pablo Iglesias lange Zeit auf der Gehaltsliste des spanischsprachigen Ablegers des iranischen Propagandasenders PressTV stand.

Seit Anfang der 1990er Jahre hat allerdings ein deutlicher Wandel in der antizionistischen Agitation stattgefunden: Während in den Jahrzehnten des Kalten Krieges ein antiimperialistischer, auf den Marxismus-Leninismus rekurrerender ‚Befreiungsnationalismus‘ der zentrale Bezugspunkt war, hat sich in den letzten zwei Dekaden ein abstrakter Antinationalismus und geschichtsloser Universalismus zur maßgeblichen Legitimation des Antizionismus gemauert. Die Nazis unterstellten den Juden noch, sie seien zur Gründung eines ‚echten‘ Staates gar nicht in der Lage. Der maßgebliche nationalsozialistische Text zum Zionismus stammt von Alfred Rosenberg, der das jüdische Staatsgründungsprojekt als „staatsfeindlich“ qualifizierte. Auch der Führer selbst attestierte den Juden, sie seien „mangels eigener produktiver Fähigkeiten“ zu einem „Staatsbau räumlich empfundener Art“ nicht in der Lage.<sup>5</sup> Würden Juden abermals ein staatsähnliches Gebilde erschaffen, so könne das wie schon im antiken Jerusalem nichts anderes sein als eine Art Universität für den jüdischen Zersetzungsgeist, der die echten Staaten ins Unglück stürze: Der „ganze Zionistenstaat soll nichts werden als die

4 <http://www.mena-watch.com/mena-analysen-beitraege/applaus-fuer-antisemitische-hetze-im-eu-parlament/>, 26.6.2016 (letzter Zugriff auf alle angegebenen Websites: 28.9.2016).

5 Alfred Rosenberg; *Der staatsfeindliche Zionismus*. München 1938. (Die Originalausgabe erschien bereits 1922). Gerhard L. Weinberg (Hg.): *Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928*. Stuttgart 1961, S. 220.

letzte vollendete Hochschule ihrer internationalen Lumpereien.“<sup>6</sup>

All das fand seinen postnazistischen Nachhall in den 1970er und 80er Jahren im linken, sowohl autonomen als auch marxistisch-leninistischen, im arabisch-nationalistischen und bald dann auch im islamistischen Gerede von Israel als ‚künstlichem Gebilde‘, bei dem sich schon immer die Frage aufdrängte, ob andere Staaten denn am Baum gewachsen sind. Heute jedoch werfen Antizionisten den israelischen Juden vor, sie würden starrsinnig an ihrem Staat und ihrer Nation festhalten, obwohl das Konzept der Nationalstaatlichkeit historisch doch längst obsolet sei: Der Zionismus sei als Nationalismus heute nur mehr ein „Anachronismus“, wie Tony Judt es zu Zeiten der zweiten Intifada für die globale Linke ausbuchstabiert hat.<sup>7</sup> Doch trotz dieses Wandels wurden die Grundlagen für die gegenwärtige antizionistische Agitation in den Zeiten des Kalten Krieges gelegt, und die Grundmotive des marxistisch-leninistischen Antizionismus lassen sich bis in die Zeit vor dem Nationalsozialismus zurückverfolgen.

Der US-amerikanische Historiker Jeffrey Herf zeigt in seiner bisher nur auf Englisch vorliegenden und bei Cambridge University Press erschienenen Studie zum Verhältnis der DDR und der westdeutschen radikalen Linken zum jüdischen Staat, dass die Indiennahme „der Sprache der Menschenrechte und des Antifaschismus im Krieg gegen Israel“ insbesondere im ostdeutschen, seinem Selbstverständnis nach „ersten antifaschistischen Staat auf deutschem Boden“ perfektioniert wurde.<sup>8</sup> Herf verdeutlicht, wie durch die Punzierung des jüdischen Staates als Nachfolger Nazideutschlands in den theoretischen und geschichtswissenschaftlichen Verrenkungen des Ostblockmarxismus und des westdeutschen linken Antizionismus die Angriffe auf Israel in die Tradition des Antifaschismus gehoben wurden. Mit ihrer jahrzehntelangen antiisraelischen

Propaganda haben die linken Antizionisten der 1970er und 80er Jahre „ein giftiges ideologisches Gebräu“ hinterlassen, das bis heute seine Schatten auf die politischen Debatten nicht nur im Nahen Osten und Deutschland, sondern weltweit werfe.<sup>9</sup> Wie Recht er damit hat, stellt hinsichtlich der US-amerikanischen Linken Sina Arnold in einer gerade in der Hamburger Edition erschienenen Studie dar, die einen ersten umfassenden Überblick über Antisemitismusdiskussionen in der historischen und in der gegenwärtigen Linken der USA liefert,<sup>10</sup> und auch zur Linken in Großbritannien liegen mehrere aktuelle Veröffentlichungen vor, die nicht zuletzt durch die Auseinandersetzungen über den 2015 zum Labour-Vorsitzenden gewählten und Ende September mit überwältigender Mehrheit im Amt bestätigten Israel-Hasser und offenen Unterstützer des iranischen Regimes Jeremy Corbyn inspiriert sind.<sup>11</sup>

Doch erfunden haben die linken Antizionisten der 1970er und 80er Jahre das sich aufgeklärt wahnende Ressentiment gegen Israel nicht. Olaf Kistenmacher zeigt anhand des Beispiels der Kommunistischen Partei Deutschlands, dass die ressentimenthafte Ablehnung des jüdischen Staatsgründungsprogramms schon lange vor 1948 existierte: Die antizionistischen Positionen, die in der westeuropäischen Linken nach dem Sechstagekrieg und in der osteuropäischen Staatslinken seit Beginn der 1950er Jahre vertreten wurden, mussten „nicht erst 1967 oder nach 1945 erfunden werden. In den Grundzügen bestand diese Position schon vor 1933.“<sup>12</sup> Kistenmacher kann überzeugend darlegen, dass die Annahme, der linke Antizionismus habe erst

9 Ebd. S. 461.

10 Sina Arnold: Das unsichtbare Vorurteil. Antisemitismusdiskurse in der US-amerikanischen Linken nach 9/11. Hamburg 2016. Obwohl sich Arnold auf ausgesprochen fragwürdige theoretische Grundlagen bezieht – namentlich die schon in der Anlage verharmlösenden theoretischen Verrenkungen von Peter Ullrich – hat sie eine lesenswerte Arbeit vorgelegt. Insbesondere ihre Ausführungen über frühe Kritiken am Antisemitismus in der Linken seitens der „Jewish New Left“ und seitens linker jüdischer Feministinnen in den USA beleuchten Aspekte, die in der deutschsprachigen Diskussion bisher weitgehend unbekannt waren.

11 Siehe beispielsweise Dave Rich: *The Left's Jewish Problem*. Jeremy Corbyn, Israel and Anti-Semitism. London 2016. Demnächst erscheint, aus einer linken Argumentation heraus den Antisemitismus in der Linken kritisierend und von der Zweischneidigkeit des Universalismus ausgehend, Robert Fine; Philip Spencer: *Antisemitism and the Left: The Recurrence of the Jewish Question*. Manchester 2016.

6 Adolf Hitler: *Sämtliche Aufzeichnungen 1905 – 1924*. Hrsg. v. Eberhard Jäckel; Axel Kuhn. Stuttgart 1980, S. 190.

7 Tony Judt: *Israel: Die Alternative*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12/2003, S. 1472 ff. und <http://www.monde-diplomatique.de/pm/extratexte/judt>, 14. 11. 2003. Das englische Original erschien im selben Jahr in der *New York Review of Books*.

8 Jeffrey Herf: *Undeclared Wars with Israel. East Germany and the West German Far Left, 1967 – 1989*. New York 2016, S. 240.

nach 1945 seine antisemitische Aufladung erhalten und vor dem Nationalsozialismus habe es sich lediglich um eine aus einer allgemeinen Kritik des Nationalismus speisende Ablehnung des jüdischen Staatsgründungsprogramms gehandelt, nicht haltbar ist. Er legt dar, dass die antizionistischen Positionen der KPD vor 1933 zahlreiche Parallelen zum gegenwärtigen, vermeintlich „neuen“, israelbezogenen Antisemitismus aufweisen. Die Bewertung des Zionismus durch die KPD „nach ganz anderen Maßstäben als andere nationale Bewegungen“ kann so als „Vorläufer“ der „späteren Dämonisierung und Delegitimierung Israels“ begriffen werden.<sup>13</sup> Selbst die Gleichsetzung des Zionismus mit dem Nationalsozialismus wurde von der KPD bereits Anfang der 1930er Jahre praktiziert: 1932 erklärte das Zentralkomitee der KP in seiner programmatischen Schrift *Kommunismus und Judenfrage*, man bekämpfe „den Zionismus genauso wie den deutschen Faschismus“.<sup>14</sup> Derartige Positionierungen hatten schon in den 1920er Jahren dazu geführt, dass die deutschen Parteikommunisten die wiederholten pogromartigen Ausschreitungen gegen Juden im Mandatsgebiet Palästina zu einem „antiimperialistischen Aufstand“ verkärten und als solchen auch offen unterstützten.<sup>15</sup> Die feindliche und ressentimentgeladene Positionierung gegenüber dem Zionismus bei gleichzeitiger vorbehaltloser Unterstützung der arabischen Nationalbewegung, die in den 1930er Jahren unter Führung des Mufti von Jerusalem, Amin el-Husseini, stand und mit den italienischen Faschisten und den Nationalsozialisten kollaborierte, führte letztlich dazu, dass die „internationalistische Politik der KPD selbst nationalistisch und in Bezug auf den Nahen Osten antisemitisch“ wurde.<sup>16</sup>

In politischen Diskussionen wird die Kritik am Antisemitismus in der Linken gerne benutzt,

12 Olaf Kistenmacher: Arbeit und „jüdisches Kapital“. Antisemitische Aussagen in der KPD-Tageszeitung *Die Rote Fabne* während der Weimarer Republik. Bremen 2016, S. 281.

13 Ebd. S. 280; 282.

14 Ebd. S. 251.

15 Ausführlich dazu Stephan Grigat: Mit dem Mufti gegen den Zionismus – mit Gromyko für Israel. Aus der Frühgeschichte der israelischen und palästinensischen Kommunistischen Partei. In: *Transversal. Zeitschrift für Jüdische Studien* 2/2009, S. 97 ff.

16 Kistenmacher: Arbeit und „jüdisches“ Kapital (wie Anm. 12), S. 282.

um eben diese Linke, die sich jede, auch vernichtende Kritik redlich verdient hat, wohlfeil zu diskreditieren, um für die Verteidigung der Charaktermasken des Kapitals bestens munitioniert zu sein. In solchen Fällen wird gar nicht mehr der Versuch unternommen zu erklären, wie aus der Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen und dem Willen zur emanzipativen Veränderung, wie aus der Sehnsucht nach dem ganz Anderen eine mal ressentimenthafte, mal regressive, mal mörderische Partizipation am gesellschaftlichen Unheil im Wege seiner scheinbaren Bekämpfung wurde. Entscheidende Beiträge zur Kritik eines linken Antisemitismus kommen aber bekanntlich aus der Linken selbst. Auf eben diese bezieht Kistenmacher sich durchgängig in seiner in der edition lumière erschienenen Untersuchung über die Darstellung von Juden, dem Judentum und dem Zionismus in der *Roten Fabne* in der Weimarer Republik, als die KPD-Tageszeitung alles andere als ein Nischendasein führte. In seinen einleitenden theoretischen Ausführungen zu Erklärungsansätzen für einen Antisemitismus von links argumentiert er durchgängig mit der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie und an ihr orientierter Autoren wie beispielsweise Moïse Postone. Hier geht es jemandem nicht um die Verteufelung radikaler Gesellschaftskritik, sondern um eine Kritik des Marxismus mit Marx. An keiner Stelle bedient er simple totalitarismustheoretische Gleichsetzungen von links und rechts. Kistenmacher zielt nicht auf Denunziation, sondern auf eine Differenzierung, die sich nicht darauf beschränkt, antisemitische Argumentationsmuster und Handlungen in der Linken lediglich beschreibend aufzulisten – wie es mittlerweile gerade in jenen Publikationen zum linken Antisemitismus üblich geworden ist, deren Autoren selbst nicht aus der Linken stammen, oder die mittlerweile alles andere als bahnbrechend neue Erkenntnis, dass es Antisemitismus in der Linken gibt, als wohlfeiles Argument für einen Abschied nicht nur aus ebendieser, sondern von jedem kritischen Gedanken und von jedem Einwand gegen die schlecht eingerichtete Welt verwenden.

Kistenmachers akribische Auswertung der parteikommunistischen Tagespresse kommt zu dem Ergebnis, dass sich antisemitische Aussagen in der *Roten Fabne* nicht nur während der kurzen Phase

des nationalistischen Schlageter-Kurses der KPD fanden, „sondern in allen Perioden der Weimarer Republik“.<sup>17</sup> Als zentrale Gründe für die antisemitische Schlagseite in der Agitation der KPD kann Kistenmacher das produktionsfixierte und arbeitsfetischistische Gesellschafts- und Ökonomieverständnis und den „proletarischen Nationalismus“ des Parteikommunismus ausmachen, die ebenso zur Agitation gegen das „parasitäre Kapital“ wie den „Judas Trotzki“ führte und sich in einer spezifischen Intellektuellenfeindlichkeit und in einem „personifizierten Antikapitalismus“ niederschlug.<sup>18</sup>

Trotz seiner mitunter niederschmetternden Befunde über die Verwendung eindeutiger antisemitischer Stereotype in der *Roten Fabne* (etwa wenn in der Agitation gegen die NSDAP in einer Sonderausgabe von 1923 von einer vermeintlichen Kooperation von „Hakenkreuzlern“ und „Hakennasen“ fabuliert wurde) lehnt er es ab, von der KPD als einer „antisemitischen Partei“ zu sprechen. Vielmehr will er zeigen, „wie Elemente des modernen Antisemitismus mit dem parteikommunistischen Selbstverständnis, Judenhass abzulehnen und zu bekämpfen, in Einklang gebracht und damit offiziell legitimiert wurden.“<sup>19</sup> Zu Recht betont er, dass „die Frage, ob eine Person, eine Gruppierung oder eine Partei antisemitisch ist, bei der Diskussion um Judenfeindschaft innerhalb der politischen Linken am eigentlichen Problem vorbei“<sup>20</sup> zielt und es sowohl historisch als auch hinsichtlich der aktuellen globalen Linken darum gehen muss aufzuzeigen, inwiefern und warum antisemitische Argumentationen in der Linken trotz des linken, anti-antisemitischen Selbstverständnisses existierten und noch existieren, insbesondere hinsichtlich der Positionierung gegenüber Israel.

### Frontstaat gegen Israel

Welche Konsequenzen es hatte, dass der marxistisch-leninistische Antizionismus der Weimarer KPD mit der Gründung der DDR zu einer durch die Weltmacht Sowjetunion gestützten staatspolitischen Macht wurde, zeigt Jeffrey Herf. Ausgehend vom

rasanten Wandel von der Befürwortung der israelischen Staatsgründung 1948 (die wohl nur zu einem geringen Ausmaß einer Einsicht in die Notwendigkeit des Zionismus geschuldet war und vielmehr dem geopolitischen Kalkül einer Zurückdrängung des britischen Einflusses im Nahen Osten folgte) zur vorbehaltlosen Unterstützung der arabischen Staaten seit Anfang der 1950er Jahre analysiert der Geschichtspräsident an der University of Maryland die Entwicklung der DDR-Nahostpolitik vom Sechstage-Krieg bis zum Zusammenbruch des Warschauer Paktes. Den Grund für die antizionistische Orientierung der DDR-Führung sieht Herf in einer Mischung aus ideologischer Überzeugung und nationalem Interesse: Die antiisraelische Politik stand nicht nur in Übereinstimmung mit der stalinistischen Legitimationsideologie des Marxismus-Leninismus, sondern spielte auch eine entscheidende Rolle in der DDR-Außenpolitik: Die wortreiche und insbesondere handfeste Unterstützung der Feinde Israels ermöglichte es Ostberlin, sich aus der internationalen Isolation zu befreien und mit Unterstützung der arabischen und zahlreicher afrikanischer Staaten zum anerkannten UN-Mitglied zu werden, als das es sich sogleich vehement für die 1975 verabschiedete UN-Resolution zur Gleichsetzung von Zionismus und Rassismus einsetzte.

Ein besonderes Verdienst von Herfs Studie ist die ausführliche Darstellung der Versuche israelischer Gesandter bei den Vereinten Nationen und jüdischer Gemeindefunktionäre in Westdeutschland, vor den Gefahren des linken Antizionismus und der Kooperation der Ostblockstaaten mit arabischen Antisemiten zu warnen. Heinz Galinski, der langjährige Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Berlin und eine der deutlichsten Stimmen in dieser Hinsicht, war jedoch nicht nur mit der antizionistischen Propaganda der radikalen Linken und der DDR konfrontiert, sondern auch mit der Regierung Willy Brandts, deren skandalöse Postulierung einer „neutralen Haltung“ im für Israel existenzbedrohenden Jom-Kippur-Krieg und deren massive Behinderung dringender benötigter US-amerikanischer Waffenlieferungen an Israel über deutsche Häfen Herf ebenfalls in seine Darstellung einbezieht.

Ausgehend von bereits vorliegenden Arbeiten zur Roten Armee Fraktion, den Revolutionären

17 Ebd. S. 313.

18 Ebd. S. 315.

19 Ebd. S. 323.

20 Ebd.

Zellen und der Bewegung 2. Juni zeichnet Herf die Kooperation der militanten Linken der BRD mit der PFLP und anderen bewaffneten palästinensischen Organisationen für das englischsprachige Publikum nach, sein Schwerpunkt liegt aber bei der Aufarbeitung jener Dokumente, welche die umfassende, lange Zeit geheim gehaltene Kooperation der DDR mit den Todfeinden Israels belegen. So sehr er die Bedeutung eines militanten linken Israelhasses in der BRD vor dem Hintergrund der NS-Vergangenheit herausstreicht, betont Herf doch, dass es die staatliche militärische Unterstützung der arabischen Staaten und der PLO durch die DDR und andere Ostblock-Staaten war, welche die Ereignisse im Nahen Osten entscheidend beeinflusst hat.

Der Historiker Stefan Meinung schreibt bezüglich des Verhältnisses Ostdeutschlands zum jüdischen Staat in den 1970er und 80er Jahren in einem ebenfalls gerade erschienenen Sammelband von der DDR als „Frontstaat gegen Israel“.<sup>21</sup> Er verdeutlicht anhand der Erinnerungen des DDR-Gesandten in Syrien, dass man in Ost-Berlin die offene Judenfeindschaft der arabischen Verbündeten des Realsozialismus durchaus zur Kenntnis nahm, ihr aber

21 Stefan Meinung: Zwischen Nichtbeziehung, Feindschaft und später Annäherung: die Deutsche Demokratische Republik und Israel. In: Olaf Glöckner; Julius H. Schoeps (Hg.): Deutschland, die Juden und der Staat Israel. Eine politische Bestandsaufnahme. Hildesheim 2016, S. 184. Die sonstigen Beiträge des bei Olms erschienenen Bandes, der die deutsch-iranischen Beziehungen und ihre Bedeutung für das deutsch-israelische Verhältnis leider ausspart, bieten einen weitgehend deskriptiven Überblick zu verschiedenen Aspekten des Verhältnisses Westdeutschlands zum jüdischen Staat, bei denen man mitunter eine stärker urteilende Analyse vermisst, insbesondere bei der Darstellung zentraler vergangenheitspolitischer Debatten in der Bundesrepublik seit der Wiedervereinigung oder bei der Rolle Joschka Fischers während der zweiten Intifada; und einige Einschätzungen lassen einen verwundert zurück, etwa wenn behauptet wird, der permanente Terror der Selbstmordattentate habe während der zweiten Intifada „die Öffentlichkeit“ in Deutschland „ihre große Unterstützung und Sympathien für die Palästinenser überdenken“ lassen. (S. 256.) Während die meisten Beiträge als Bestandsaufnahme und Zusammenfassung des Forschungsstands angelegt sind, präsentiert der israelische Politikwissenschaftler Shlomo Spiro wenig Bekanntes über die Frühphase der westdeutsch-israelischen Kooperation im militärischen und geheimdienstlichen Bereich, die den beidseitigen Pragmatismus in den Beziehungen zwischen dem Staat der Shoahüberlebenden und dem „Rechtsnachfolger des Dritten Reiches“ bestens illustrieren. (S. 115 ff.).

kaum politische Bedeutung beimaß. Für Walter Ulbricht seien „solche Informationen Verrat an der antiimperialistischen Sache“ gewesen und man dürfe solche „Äußerlichkeiten“ nicht mit den „grundsätzlichen Fragen durcheinanderbringen“.<sup>22</sup>

Meining erinnert daran, dass die DDR „in ihrer antiisraelischen Agitation auch auf ehemalige NS-Propagandisten zurückgriff“ und zeigt, inwiefern „antisemitische Zerrbilder aus der Ära Stalins“ noch in der Endphase der DDR eine Rolle gespielt haben.<sup>23</sup> Er kann plausibel machen, dass Erich Honecker als neuer SED-Generalsekretär ab 1971 den bereits unter Ulbricht eingeschlagenen „proarabischen und antiisraelischen Kurs weiter verschärft“ hat.<sup>24</sup> Auch zu Honeckers Zeiten haben sich syrische, irakische und libysche Politiker gegenüber ranghohen DDR-Funktionsträgern immer wieder ohne Umschweife über ihre Vernichtungsfantasien bezüglich Israel ausgelassen. Das wurde von Ostberlin in internen Stellungnahmen zwar mit Missfallen registriert, hatte aber keinerlei Auswirkungen auf die enge Kooperation insbesondere mit Ägypten und Syrien, die sich Anfang der 1970er Jahre anschickten, mit ihren Vernichtungsdrohungen durch einen Angriffskrieg gegen Israel ernst zu machen. Möglich wurde der Jom-Kippur-Krieg 1973 nur durch die massive Ausrüstung der mit Israel verfeindeten arabischen Diktaturen durch die Staaten des Warschauer Paktes – auch durch die DDR, die zudem militärische Ausbildung auf ihrem Territorium anbot und den Zionismus noch in den 1980er Jahren in ihrem staats-offiziellen *Kleinen Politischen Wörterbuch* als „weit verzweigte[s] Organisationssystem“ und die „rassistische, expansionistische politische Praxis der jüdischen Bourgeoisie“ verunglimpfte.<sup>25</sup>

Von welcher Bedeutung und welchem Ausmaß die militärische und geheimdienstliche Kooperation Ostdeutschlands mit den arabischen Staaten bis Ende der 1980er Jahre war, führt Herf aus, der sich auf frühere Arbeiten von Meinung bezieht. Ausgehend von langjähriger Archivrecherche schätzt Herf, dass von 1967 bis 1989 unter anderem Folgendes von der DDR an die arabischen Staaten und an bewaffnete

22 Ebd. S. 182.

23 Ebd. S. 183; 191.

24 Ebd. S. 184.

25 Zit. n. Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): „Das hat’s bei uns nicht gegeben!“ Antisemitismus in der DDR. Berlin 2010, S. 94.

palästinensische Organisationen geliefert wurde: 750 000 Kalaschnikows, 120 MiG-Kampffjets, 180 000 Antipersonenminen, 235 000 Granaten, 25 000 Panzerfäuste und 25 Millionen Magazine. Diese Waffenlieferungen trugen unmittelbar zu den Verlusten auf israelischer Seite bei, insbesondere während des Jom-Kippur-Kriegs, während dem die DDR nicht nur Kampffjets, sondern auch NVA-Soldaten nach Syrien verlegte. In dem von Herf untersuchten Zeitraum wurden über 6000 israelische Soldaten in arabisch-israelischen Kriegen getötet, mehr als 21 000 verletzt und hunderte Zivilisten bei palästinensischen Terrorangriffen in Israel ermordet. Herf betont, dass Israel durch Waffengewalt zerstört worden wäre, wenn die arabischen und palästinensischen Verbündeten der DDR erfolgreich gewesen wären. Angesichts dieser Tatsache qualifiziert er die Rhetorik der DDR-Führung, die stets die Notwendigkeit von „ausverhandelten Lösungen“ im Nahen Osten betont hat, als „Nebel“<sup>26</sup>, der letztlich nur dazu gedient habe, die militärische und geheimdienstliche Kooperation mit dem Irak, Libyen und insbesondere mit Syrien unter Hafiz al-Assad und jenen palästinensischen Organisationen zu verschleiern, die sich gegen jede Form der Annäherung mit Israel zur Wehr gesetzt haben. Auch Meinung kommt zu dem Schluss, das „Standardargument, die DDR wollte den jüdischen Staat nicht vernichten“, gehe angesichts der massiven Hilfestellungen für jene Staaten und Organisationen, die sich genau diese Vernichtung auf die Fahnen geschrieben hatten, „ins Leere“.<sup>27</sup>

Angesichts neu aufflammender Debatten in der deutschen Linken, ob es nicht geboten sei, zwischen einem klar antisemitischen Antizionismus einerseits und einem „geschichtsbewussten“<sup>28</sup>, emanzipativ-universalistischen Antizionismus andererseits zu unterscheiden, sei auf Herfs Fazit verwiesen, dass es für jene Israelis, die in den Jahrzehnten des Kalten Krieges getötet oder verwundet wurden, keinen Unterschied machte, ob ihre Feinde durch klassische und offene Judenfeindschaft motiviert

26 Herf: *Undeclared Wars* (wie Anm. 8), S. 449.

27 Meinung: Zwischen Nichtbeziehung (wie Anm. 21), S. 184.

28 Gerhard Hanloser: Der linke Antizionismus in Westdeutschland und Westberlin. In: Markus Mohr (Hg.): *Legenden um Entebbe. Ein Akt der Luftpiraterie und seine Dimensionen in der politischen Diskussion*. Münster 2016, S. 223.

waren (so wie beispielsweise der langjährige syrische Verteidigungsminister Mustafa Tlass, dessen Machwerk *The Matzo of Zion* als ein Klassiker des arabisch-nationalistischen Antisemitismus von Herf ausgiebig gewürdigt wird), oder durch „the more fashionable anti-Zionism of the global Left“.<sup>29</sup> Die Idee, die Zerstörung des jüdischen Staates habe nichts mit dem Hass auf Juden zu tun, war eine der „central leftist illusions of this era“<sup>30</sup> – eine Illusion, die sich offenbar bis heute bei jenen linksradikalen Universalisten gehalten hat, die allen Ernstes meinen, den Nahost-Konflikt durch die Brille eines linkskommunistisch verstandenen Klassenantagonismus interpretieren zu können.<sup>31</sup>

Der Kern des Nahost-Konflikts ist der Antisemitismus und die historische Unmöglichkeit, eine universalistische Antwort sowohl auf die traditionelle Judenfeindschaft als auch auf die modernen, letztlich auf Vernichtung zielenden antisemitischen Ressentiments zu geben – sie also aus der Welt zu schaffen. Als Folge davon war der Zionismus angesichts des epochalen Scheiterns sowohl des bürgerlichen Gleichheitsversprechens als auch des kommunistischen Emanzipationsversprechens gezwungen, eine notwendigerweise partikularistische Konsequenz zu ziehen und eine nationalstaatliche

29 Herf: *Undeclared Wars* (wie Anm. 8), S. 460.

30 Ebd. S. 461. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass sich in Herfs umfassende und ausgesprochen materialreiche Studie auch einige wenige Ungenauigkeiten eingeschlichen haben. (Siehe Florian Markl: Als deutsche „Antifaschisten“ Krieg gegen Israel führten. <http://www.mena-watch.com/mena-analysen-beitraege/die-unerklaerten-kriege-gegen-israel-die-ddr-und-die-westdeutsche-radikale-linke/>; 22. 6. 2016.) Das Thema bedarf sicher noch, wie Heft selbst betont, weiterer Untersuchungen, beispielsweise zur Rolle des Südjemen, und auch das Verhältnis der DDR und der westdeutschen radikalen Linken zum Iran nach der Islamischen Revolution von 1979 bleiben ausgespart. Doch das tut Herfs detaillierter Arbeit keinen Abbruch, und man kann nur hoffen, dass sich möglichst bald ein Verlag für eine deutsche Übersetzung finden wird. Es ist schon beklagenswert genug und bezeichnend für die deutschsprachige Nahost- und Antisemitismus-Diskussion, dass Herfs zuletzt veröffentlichte Bücher, die ausgesprochen instruktive Studie *Nazi Propaganda in the Arab World* (2009) und *The Jewish Enemy* (2006), eine materialreiche Arbeit über den nationalsozialistischen Judenhass, die viel zum Verständnis des Antisemitismus als Hass auf das Abstrakte und zum Stellenwert des Antisemitismus für die nationalsozialistische Kriegsführung beiträgt, bisher nicht auf Deutsch vorliegen.

31 Siehe beispielsweise Walter Hanser: Israel, Palästina und der Universalismus. In: *Kosmoprolet* 4/2015.



Emanzipation gegen den Antisemitismus anzustreben, die bis zu einem gewissen Maß zwangsläufig exklusiven Charakter haben muss, soll diese Emanzipation gelingen. Die in Reaktion auf den Antisemitismus postulierten nationalen und territorialen Ansprüche des Zionismus mussten im Nahen Osten aber nicht, wie von vielen Kritikern des Zionismus behauptet wird, zwangsläufig mit den Ansprüchen der arabischen Bevölkerung in der Form in Konflikt geraten, wie sie es de facto sind. Voraussetzung dafür war, dass sich innerhalb der arabisch-palästinensischen Bevölkerung im Mandatsgebiet Palästina offen antisemitische, reaktionäre und letztlich mit den deutschen Nationalsozialisten kooperierende Kräfte unter der Führung des Mufti von Jerusalem, Amin el-Husseini, gegen deutlich moderatere Fraktionen mit brutaler Gewalt durchgesetzt haben. Das hat die folgenden Jahrzehnte in der Region maßgeblich geprägt, und auch heute ist die Frage, welche Rolle universalistische Prinzipien im notwendigerweise partikularistischen Agieren der israelischen Politik spielen und spielen können, nicht unabhängig von den Entwicklungen in den umliegenden Gesellschaften zu diskutieren.

#### Auflösung der israelischen Souveränität

Eine Kritik des Antizionismus kann und muss zunächst gar nichts aussagen über die je spezifische Ausgestaltung israelischer Politik und zionistischer Praxis. Es geht ihr auch nicht in erster Linie um diese, sondern um die Kritik einer Ideologie, die sich selbst für die realen Verhältnisse im Nahen Osten nicht sonderlich interessiert. Und doch bedarf es einer möglichst genauen Kenntnis der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen im Nahen Osten – allein schon, um die Verzerrungen und Verkehrungen in der deutschsprachigen Nahost-Diskussion angemessen beurteilen und kritisieren zu können, und auch, um die dringend gebotene Parteinahme für Israel nicht ausgehend von einem idealisierenden Bild von der israelischen Gesellschaft und Politik zu formulieren, bei dem jederzeit die Gefahr droht, dass die Solidarität angesichts der harschen Realität im Nahen Osten in enttäuschte Liebe umschlägt.

Ein wichtiger Stichwortgeber für die deutschsprachige Nahost-Diskussion ist Micha Brumlik,

der nun einige seiner zentralen Texte aus den letzten Jahren in einem schmalen Bändchen im Neofelis-Verlag zusammengefasst hat. Das Kernanliegen des ehemaligen Leiters des Frankfurter Fritz-Bauer-Instituts ist seit einiger Zeit die Rehabilitierung der Ideen des aus Wien stammenden Religionsphilosophen Martin Buber für eine arabisch-jüdische Kooperation in Palästina und ihre Propagierung als aktuellem Ausweg aus der vertrackten Situation im Nahen Osten. Doch bevor er sich der Idee des Bi-Nationalismus und ihren Protagonisten widmet, beschreibt er durchaus treffend den massiven Zuwachs des Einflusses sowohl nationalreligiöser als auch ultraorthodoxer Kräfte in der gegenwärtigen israelischen Gesellschaft und Politik – ohne jedoch ausreichend deutlich zu machen, welche Rolle die Entwicklungen in den arabischen Gesellschaften und die Politik der diversen politischen Fraktionen der Palästinenser für das Erstarken der israelischen sowohl säkularen als auch religiösen Rechten gespielt haben und weiterhin spielen.

Auch Brumlik fordert eine Rückbesinnung auf bestimmte jüdisch-religiöse Traditionen, aber gerade, um die Möglichkeiten der jüdischen Existenz in der Diaspora gegen den Zionismus stark zu machen und um universalistische Werte des Judentums gegen den Partikularismus der gegenwärtigen Nationalreligiösen in Anschlag zu bringen. Instruktiv sind seine Ausführungen über den wichtigsten Wegbereiter des nationalreligiösen Zionismus, den Rabbiner Abraham Isaak Kook, der in seinen staats-theoretischen Schriften vom Beginn des 20. Jahrhunderts eine Art „Theologie des Zionismus“ entworfen hat, in der sich insbesondere hinsichtlich der Frage der Gewalt gewichtige Unterschiede zu den Anschauungen seines Sohnes finden lassen, dem Stichwortgeber der nationalreligiösen Siedlerbewegung Gush Emunim, Zwi Jehuda Kook. In Abraham Kooks Denken kommt der „Dialektik des Heiligen und Profanen“ eine entscheidende Rolle zu: Durch seine Unterscheidung eines „vorläufigen“ und eines „endgültigen Messias“, die einen mitunter an die Marxsche Unterscheidung von politischer und allgemein menschlicher Emanzipation denken lässt, konnte Kook eine theologische Legitimation für den sozialistischen Zionismus seiner Zeit formulieren.<sup>32</sup>

Der staatsbildende säkulare Zionismus erscheint bei Kook als notwendige Vorstufe auf dem Weg zur Erlösung, die wiederum durch den religiös konnotierten Nationalstaat eingeläutet werden soll.

Brumlik zeigt, wie der nationalreligiöse Zionismus den Messianismus als „realhistorische Bewegung“<sup>33</sup> begreift und rekurriert immer wieder auf das Spannungsverhältnis von Partikularismus und Universalismus sowohl in der jüdischen Religion als auch in den unterschiedlichen Spielarten des Zionismus. Wladimir Jabotinsky, dem Brumlik bezüglich der Situation der europäischen Juden Ende der 1930er Jahre „äußerste Hellsicht“ attestiert, charakterisiert er mit Bezug auf den Historiker Michael Stanislawski sehr treffend als „kosmopolitischen Ultrationalisten“<sup>34</sup> – eine Widersprüchlichkeit, die bei nicht wenigen von Jabotinskys heutigen Erben verloren gegangen ist. Brumlik erinnert daran, wie beim Begründer des revisionistischen Zionismus eine in territorialen und militärischen Fragen kompromisslose Haltung gegenüber der arabischen Bevölkerung in Palästina, und das Bestreben nach Errichtung eines jüdischen Staates auf beiden Seiten des Jordan, durch die Forderung nach gleichen religiösen und kulturellen Rechten für die in diesem zukünftigen Staat lebenden Araber flankiert wurden. Jabotinsky trat beispielsweise dafür ein, dass dem zukünftigen israelisch-jüdischen Präsidenten stets ein arabischer Vizepremier (nicht Vizepräsident, wie Brumlik schreibt) zur Seite gestellt werden sollte.

Auch Michael Brenner streicht die Differenzen zwischen Jabotinsky und seinen heutigen Erben heraus. In seiner bei C. H. Beck erschienenen, ausgesprochen instruktiven Studie zu den diversen Konzeptionen jüdischer Staatlichkeit in den frühzionistischen Strömungen und zum Spannungsverhältnis zwischen der Sehnsucht nach Normalität und der notwendigen Sonderstellung Israels zeigt er, dass Jabotinsky zwar unbedingt dafür war, die jüdische Einwanderung nach Palästina auch gegen den Willen der arabischen Bevölkerung durchzuführen und die Gründung des Staates Israel mit aller Gewalt durchzusetzen, gleichzeitig aber mehrfach

die Notwendigkeit betonte, der arabischen Minderheit in dem zu gründenden jüdischen Staat gleiche Rechte zu geben. Brenner verdeutlicht, dass Jabotinskys Konzeption des zukünftigen Staates letztlich trotz aller Unversöhnlichkeit gegenüber den arabischen Feinden des zionistischen Projekts keineswegs auf einen „rein jüdischen Nationalstaat“ hinauslief.<sup>35</sup>

Während Brumlik und Brenner sowohl die revisionistischen als auch die nationalreligiösen Strömungen als integralen Bestandteil des Zionismus begreifen, verabsolutiert der in Tel Aviv geborene und in Wien lebende Schriftsteller und Historiker Doron Rabinovici die eigene säkulare Orientierung zum Wesenskern des Zionismus. Anstatt die Pluralität des Zionismus sowohl historisch als auch gegenwärtig anzuerkennen, dekretiert er in einer beim Jüdischen Verlag im Suhrkamp Verlag in Buchform gegossenen E-Mail-Konversation mit dem israelischen Soziologen Natan Sznajder: „Der Zionismus hatte die Umformung der religiösen Gemeinschaft in eine normale Nation angestrebt.“<sup>36</sup> Davon ausgehend ist es ein Leichtes, den „Neozionismus“ – ein Begriff, der die nationalreligiöse Siedlerbewegung wenn auch wohl unbeabsichtigt in die Nähe des „Neonazismus“ rückt und ansonsten von Autoren wie dem bekennenden Antizionisten Ilan Pappé nicht nur für die nationalreligiöse Siedlerbewegung, sondern auch für Unterstützer Benjamin Netanjahus

35 Michael Brenner: Israel. Traum und Wirklichkeit des jüdischen Staates. Von Theodor Herzl bis heute. München 2016, S. 104. Schon öfters wurden die Differenzen zwischen Jabotinsky und dem späteren Premierminister Menachem Begin herausgearbeitet. (Siehe beispielsweise Colin Shindler: The Triumph of Military Zionism. Nationalism and the Origins of the Israeli Right. London 2010.) Brenner verweist allerdings darauf, dass auch Begins „starker jüdischer Partikularismus“ bei konkreten politischen Entscheidungen „universalistische Züge annehmen“ konnte: „etwa wenn es darum ging, Menschenleben zu retten. Seine erste Amtshandlung nach seiner Wahl 1977 war die Gewährung von Asyl für 67 vietnamesische Bootsflüchtlinge, die hilflos im Chinesischen Meer umhertrieben.“ (S. 177) Zum Widerspruch zwischen der Sehnsucht nach Normalität und den sowohl historischen als auch gegenwärtigen Besonderheiten des jüdischen Staates siehe ebenfalls, wenn auch weniger pointiert als Brenner und mit fragwürdigen Empfehlungen für die Israelis hinsichtlich einer zukünftig stärkeren Loslösung von der Geschichte des Nationalsozialismus aufwartend, Anton Pelinka: Israel. Ausnahme- oder Normalstaat. Wien 2015.

36 Doron Rabinovici; Natan Sznajder: Herzl Relo@ded. Kein Märchen. Frankfurt am Main 2016, S. 16.

32 Micha Brumlik: Wann, wenn nicht jetzt? Versuch über die Gegenwart des Judentums. Berlin 2016, S. 63.

33 Ebd. S. 60.

34 Ebd. S. 73 f.

verwendet wird<sup>37</sup> – als „Entstellung des Zionismus“ zu brandmarken.<sup>38</sup> Anstatt die von Brenner illustrierte Widersprüchlichkeit zu reflektieren, die aus der Sehnsucht nach Normalität einerseits und der durch die feindliche Umwelt aufgezwungenen perennierenden Besonderheit andererseits resultiert, kritisiert Rabinovici den „Neozionismus“ dafür, dass er die vom traditionellen, links-pragmatischen Zionismus proklamierte Normalität für unmöglich halte und gar nicht erst anstrebe. Das aber ist genau der Punkt, an dem der zionistische Rechten zuzustimmen ist. Zu problematisieren wären die Antworten, die sie hinsichtlich territorialer Expansion und Umformung der jüdischen Staatlichkeit angesichts der allein schon durch die Fortexistenz des Antisemitismus gegebenen Unmöglichkeit der Normalität gibt, nicht jene ausgesprochen realitätstüchtige Einschätzung, dass dem „Frieden“ mit der palästinensischen oder auch allgemeiner: arabischen Seite zu misstrauen sei.

Rabinovici und Sznaider wollen die Ideen Theodor Herzls, die mit exemplarischen Passagen aus seinen Schriften in ihre E-Mail-Diskussion montiert wurden, mit der israelischen Realität konfrontieren, was angesichts von Herzls Ausführungen zu einer Berufarmee, der Trennung von Staat und Religion und einer liberalen Staatsbürger- und Ausländergesetzgebung, die so, wie er sie sich für den zu gründenden Judenstaat gewünscht und ausgemalt hat, heute in keiner einzigen westlichen Demokratie besteht, natürlich im Handumdrehen dazu führt, die israelische Gesellschaft als eine vorzuführen, die mit den Vorstellungen des Gründervaters des Zionismus nichts mehr zu tun habe.<sup>39</sup> Die Diskussion zwischen Rabinovici und Sznaider, die ganz ähnlich wie bei Brumlik immer wieder um das Verhältnis von Universalismus und Partikularismus kreist, ist das Dokument einer Enttäuschung zweier Linkszionisten. Diese Enttäuschung führt dazu, dass die verständliche und in den meisten Punkten sehr gut begründete Wut über die nationalreligiöse Rechte im einen Fall zu einer idealistischen Vor-

stellung von den nicht-islamistischen Kräften auf palästinensischer Seite führt, die weiterhin die Partner für eine zukünftige Zweistaaten-Lösung sein sollen, im anderen zu einer geradezu trotzigem Unterschätzung des Antisemitismus, die in einer antizionistischen Zionismuskritik endet.

Rabinovici verteidigt dezidiert die Grundidee des Zionismus, und auch wenn er den Oslo-Prozess für gescheitert erachtet (ohne dabei das Agieren der nicht-islamistischen Akteure auf palästinensischer Seite als einen der zentralen Gründe für dieses Scheitern zu benennen), befürwortet er die Idee einer Teilung des Landes. Die „Agitatoren auf arabischer und iranischer Seite“ tauchen in seiner Argumentation immer wieder auf, und zumindest hinsichtlich der sunnitischen Islamisten, deren militärische Bekämpfung er explizit fordert, betont er: „Es kann für Juden im Nahen Osten keinen sicheren Staat geben, solange diese genozidale Ideologie auf dem Vormarsch ist.“<sup>40</sup> Rabinovici formuliert vehemente Kritik an der BDS-Kampagne, die keinesfalls nur auf eine Kritik der israelischen Herrschaftspraxis in der Westbank abzielt; und sehr hellichtig verweist er darauf, dass man in Österreich auch heute noch nichts über den zentralen Grund des Zionismus wissen will, während gleichzeitig versucht wird, Herzl für die nationale Selbstinszenierung zu vereinnahmen.

Sznaider hingegen fordert explizit vom Antisemitismus zu abstrahieren: Politisches Denken sei „in Israel fast unmöglich, da alles über die Brille des ewigen Antisemitismus gesehen wird.“ Antisemitismus sei „ein Wohlfühlargument“ und solle bei der Beurteilung der Konfrontation Israels mit seinen Nachbarn oder auch mit dem iranischen Regime möglichst keine Rolle spielen.<sup>41</sup> Sznaider adaptiert damit die Grundlage des linken israelischen Antizionismus: das geradezu zwanghafte Abstreiten der Rolle des Antisemitismus. Das ermöglicht ihm die Forderung nach einer Aufweichung der israelischen Souveränität in ihrer heutigen Form, auch wenn er sich „nicht den gemeinsamen Staat“ wünscht und, anders als Brumlik, eine „Einstaatenlösung“ für ein „Horrorzenarium“ hält.<sup>42</sup> Nachdem er 2005 noch ein Befürworter des Unilateralismus der

37 Ilan Pappé: Die Idee Israel. Mythen des Zionismus. Hamburg 2016, S. 273 f.

38 Rabinovici/Sznaider: Herzl Relo@ded (wie Anm. 36), S. 35.

39 Ausführlich zur Entwicklung von Herzls Ideen siehe Shlomo Avineri: Theodor Herzl und die Gründung des jüdischen Staates. Frankfurt am Main 2016.

40 Rabinovici/Sznaider: Herzl Relo@ded (wie Anm. 36), S. 38; 129.

41 Ebd. S. 25; 198.

42 Ebd. S. 132.

pragmatischen Rechten war und in den von Ariel Sharon durchgesetzten Rückzug aus dem Gaza-Streifen große Hoffnungen gesetzt hat, spricht Sznajder nun von einer „Keinstaatenlösung“<sup>43</sup> als Zukunftsvision, die aus dem heute schon alltäglich gelebten Bi-Nationalismus resultieren soll. Während postmoderne Antinationalisten ihre postsouveränen Konzeptionen gegen das Konzept des Nationalstaates formulieren und damit nur die Gewalt eskamotieren, will Sznajder *jenseits* „von Staatlichkeit und jenseits von Souveränität denken“ – was auch immer das im Einzelnen bedeuten soll: Man erfährt kaum mehr über seine konkreten Vorstellungen, als dass er sich eine „Internationalisierung Jerusalems“ vorstellen könne.<sup>44</sup> Allerdings resultiert seine Vision von einer „Keinstaatenlösung“ keineswegs nur aus einer Kritik des Zionismus, sondern auch aus der deutlich benannten Möglichkeit, dass ein zukünftiges Palästina „ein religiös-fundamentalistischer, islamistischer Staat wird“.<sup>45</sup> Fragt sich nur, wie eine zunehmende Islamisierung der palästinensischen Gesellschaft oder auch der Region ausgerechnet durch eine „Keinstaatenlösung“ verhindert werden sollte.

Was Sznajder als „Vision“ ins Spiel bringt, ohne sie weiter auszuformulieren (und vermutlich auch, ohne sie selbst ganz ernst zu meinen), fungiert bei Brumlik als sehr viel konkreterer „Plan B“, der auf den Kern des Zionismus, die jüdische Souveränität zielt. Hinsichtlich der aktuellen Situation ist Brumlik ganz ähnlich wie Tony Judt „zu der Überzeugung gelangt, dass mit der Globalisierung der Gedanke des Nationalstaats – in unserem Fall Israel – objektiv überholt ist.“<sup>46</sup> Das stimmt natürlich schon unabhängig von Israel nicht: Der Prozess der Internationalisierung des Kapitalverhältnisses bedeutet nicht das Ende des Nationalstaates, sondern die partielle Transformation seiner Funktionsweise und seiner Existenzbedingungen; und gerade gegenwärtig würde in Europa wohl kaum noch jemand vom „Ende des Nationalstaats“ sprechen, sondern vielmehr von seiner Renaissance. Israel und der Zionismus wiederum wären in einem materialistisch-kritischen Verständnis nur dann „objektiv überholt“, wenn der Antisemitismus zum Ver-

schwinden gebracht werden könnte. Von dieser Besonderheit Israels und des Zionismus muss Brumlik an solchen Stellen, an denen der jüdische Staat nur noch als Exempel für eine allgemeine Entwicklung dient, zwangsläufig abstrahieren, obwohl er sie in anderen Zusammenhängen durchaus betont. Ähnlich funktioniert das bei Sznajder, der die Aufgezwungenheit des Partikularismus im Zionismus mehrfach thematisiert, sie dann aber wieder zum Verschwinden bringt, wenn er selbst linkszionistische Konzeptionen wie jene der linksliberalen Meretz, der auch Rabinovici nahesteht, als „Ethno-Nationalismus“ bezeichnet.<sup>47</sup>

Brumlik trifft einen Punkt, wenn er gewissen Freunden Israels vorwirft, einem „hohl gewordenen Mantra der ‚Zweistaatenlösung‘“<sup>48</sup> anzuhängen, denn diese würde ja zumindest bedeuten, dass Verhandlungen über eine derartige „Lösung“ stattfinden müssten. Die Gründe dafür, dass dies derzeit nicht der Fall ist, scheint Brumlik allerdings ausschließlich im Agieren der gegenwärtigen israelischen Regierung zu sehen. Die Verweigerungshaltung der Abbas-Regierung gegenüber nahezu jedem Kompromiss- und Verhandlungsangebot der Netanjahu-Regierung und ihrer Vorgänger, die insofern verständlich ist, als es nur allzu wahrscheinlich ist, dass Abbas seine Macht im Westjordanland in genau dem Augenblick an die Hamas verlieren würde, in dem sich die israelische Armee von dort zurückzieht, wird von Brumlik nicht thematisiert. Das Gleiche gilt für fast alle Vorschläge sowohl der zionistischen Linken als auch der pragmatischen Rechten für eine unilaterale Trennung von den Palästinensern in der Westbank oder für Möglichkeiten des Wiedererstarkens eines dezidiert linken Zionismus.<sup>49</sup>

47 Rabinovici/Sznajder: Herzl Relo@ded (wie Anm. 36), S. 133.

48 Brumlik: Wann, wenn nicht jetzt (wie Anm. 32), S. 100.

49 Auch wenn die Umfragewerte für linkszionistische Parteien derzeit desaströs sind – hier gibt es ein Beispiel von 2015 für ein leidenschaftlich vorgetragenes Plädoyer für einen solidarischen Zionismus von Stav Shaffir, 2011 eine der Sprecherinnen der Sozialproteste in Israel, 2013 die jüngste weibliche Abgeordnete in der Knesset und heute eine der wichtigsten Politikerinnen auf der Liste der Avoda bzw. der Zionistischen Union: <https://www.youtube.com/watch?v=mfyFIK5bkPU>, 21. 1. 2015. Zur Diskussion über aktuelle Konzeptionen einer Zweistaaten-„Lösung“ siehe Toby Greene: Israel's Two States Debate. In: International Affairs 5/2015, S. 1009 ff.; Toby Greene: Two-state solution 2.0: New Israeli thinking on the Israeli-Palestinian conflict.

43 Ebd. S. 155.

44 Ebd. S. 186.

45 Ebd. S. 155.

46 Brumlik: Wann, wenn nicht jetzt (wie Anm. 32), S. 92.

Brumlik hebt einerseits zu Recht hervor, dass sich wohl nur einige zehntausend Siedler einer Teilräumung des Westjordanlandes widersetzen würden, führt dann aber andererseits die Zahl von etwa einer halben Million jüdischer Israelis in der Westbank und in Ostjerusalem als Argument an, warum eine Zweistaatenlösung heute nicht mehr realistisch sei. Er wartet mit fragwürdigen Interpretationen der Stellungnahmen von Netanjahu zur gegenwärtigen Unmöglichkeit einer ausverhandelten Zweistaatenlösung auf; und auch die Charakterisierung des Agierens des Likud-Premiers während seiner ersten Amtszeit in den 1990er Jahren als „kompromisslose Haltung“ entspricht keineswegs der widersprüchlichen Politik, die Netanjahu im Anschluss an den von Jitzchak Rabin und Shimon Peres angestoßenen ‚Friedensprozess‘ betrieben hat.<sup>50</sup>

Unredlich wird es, wenn Brumlik sich mit der innerlinken Diskussion über Israel in Deutschland und Österreich auseinandersetzt. Wie schon in früheren Texten<sup>51</sup> verkehrt er Argumentationen linker und ideologiekritischer Unterstützer des Zionismus, etwa wenn er die *Thematisierung* von bei einigen Unterstützern Israels kaum noch ins Bewusstsein tretenden „grauerregenden Übergriffen“ israelischer Sicherheitskräfte wider besseres Wissen als „Legitimation“ eben dieser Übergriffe auslegt.<sup>52</sup>

Brumlik unterscheidet sich jedoch von vielen anderen Kritikern des Zionismus dadurch, dass er die Gefahren des Islamismus nicht kleinredet und insbesondere die „mörderische Bedrohung

des Staates Israel durch das klerikalfaschistische Regime in Teheran“ stets in einer Deutlichkeit thematisiert, die man selbst bei manchen prozionistischen Autoren vermisst.<sup>53</sup> Es bleibt nur völlig unverständlich, warum Brumlik ausgehend von diesem Befund ausgerechnet die Selbstaufgabe Israels als souveränen Staat fordert. Die von ihm vorgeschlagene Rückbesinnung auf die Ideen Martin Bubers und die erstmals 2013 in der Zeitschrift *Konkret* propagierte und nun abermals empfohlene Transformation des jüdischen Staates in eine binationale Struktur bedeutet eine Absage an den revolutionären Kern des Zionismus. Der emeritierte Professor für Erziehungswissenschaften weiß, dass Buber und seiner Organisation Brit Shalom stets die Ansprechpartner auf der arabischen Seite fehlten, ohne dass er plausibel machen kann, warum das heute anders sein sollte. Brumlik stellt die Abschaffung Israels zur Diskussion und befördert damit eine beunruhigende Verschiebung in der deutschsprachigen Nahost-Debatte. Während bisher zumindest im politischen Mainstream noch jede Attacke auf Israel und seine militärischen Selbstvertheidigungsmaßnahmen mit der Beteuerung ja keineswegs nur verziert wurde, selbstverständlich unterstütze man das „Existenzrecht Israels“, spekuliert nun mit Brumlik jemand, der in jenem linken, grünen und linksliberalen Milieu ein ausgesprochen gefragter Vordenker und Stichwortgeber ist, aus dem der nächste deutsche Außenminister und Vizekanzler stammen könnte, explizit über die Auflösung des jüdischen Staates.

Brumlik fordert zum wiederholten Male eine „einheitliche Armee“ eines zukünftigen arabisch-israelischen Staates, kann allerdings auch auf Nachfrage nicht erklären, wie diese angesichts der Lage der Dinge sich beispielsweise zuverlässig gegen die Bedrohungen seitens des iranischen Regimes und seiner Verbündeten an den israelischen Grenzen zur Wehr setzen sollte. Seine Absage an den Kern des Zionismus drückt sich am deutlichsten in seiner Ablehnung des israelischen Rückkehrgesetzes aus, das allen Juden die Möglichkeit der Einwanderung garantiert. Er fordert auch in seinem aktuellen Buch, Einwanderung in ein zukünftiges bi-nationales Staatswesen solle „nur nach arbeitsmarktspezifischen

In: fathom. For a deeper understanding of Israel and the region, Spring 2016, <http://fathomjournal.org/two-state-solution-2-0-new-israeli-thinking-on-the-israeli-palestinian-conflict/>.

50 Brumlik: Wann, wenn nicht jetzt (wie Anm. 32), S. 49. Siehe dazu Stephan Grigat: Die Einsamkeit Israels. Zionismus, die israelische Linke und die iranische Bedrohung. Hamburg 2014, S. 38 f.

51 Siehe Micha Brumlik: Vorwort. In: Peter Ullrich: Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt. Politik im Antisemitismus- und Erinnerungsdiskurs. Göttingen 2013.

52 Brumlik: Wann, wenn nicht jetzt (wie Anm. 32), S. 81. Er wiederholt diesen Vorwurf in seinem Beitrag in Glöckner/Schoeps: Deutschland, die Juden und der Staat Israel (wie Anm. 21), S. 318. Brumlik verdreht dabei regelmäßig die Argumentation in Stephan Grigat: Befreite Gesellschaft und Israel. Zum Verhältnis von Kritischer Theorie und Zionismus. In: Stephan Grigat (Hg.): Feindaufklärung und Reeducation. Kritische Theorie gegen Postnazismus und Islamismus. Freiburg 2006, S. 115 ff.

53 Brumlik: Wann, wenn nicht jetzt (wie Anm. 32), S. 82.

beziehungsweise humanitären Gesichtspunkten“ geregelt werden, „nicht mehr nach ethnischen Kriterien“. <sup>54</sup> Diese Kriterien sind im heutigen Israel aber keine „ethnischen“ im herkömmlichen Sinn, sondern vom Antisemitismus aufgenötigte Kriterien.

Brumliks Essaysammlung beinhaltet absurderweise also beides: einerseits die Forderung nach Solidarität mit Israel angesichts „möglicher (genozidaler) iranischer Nuklearwaffen“ – eine Bedrohung, deren Verharmlosung Brumlik explizit entgegentritt, wenn er daran erinnert, dass Juden nach „Hitlers frühen Ankündigungen leidvoll haben erfahren müssen, dass Vernichtungsdrohungen nicht nur leeres Geschwätz“ sind. <sup>55</sup> Andererseits fordert er angesichts einer derartigen Bedrohung ausgerechnet, die nur durch eine wie auch immer ausgestaltete staatliche jüdische Souveränität zu gewährleistende Rückversicherung aufzugeben, rechtzeitig und angemessen gegen solch eine und ähnlich geartete Bedrohungen vorgehen zu können.

#### Eliminatorischer Antizionismus

Dass die Bedrohung des jüdischen Staates durch das iranische Regime und seine Verbündeten durch das Wiener Atomabkommen vom Juli 2015 nicht verschwunden ist, wird in Israel, anders als in der Mehrzahl der europäischen Medienberichte dargestellt, nicht nur von der Regierung Netanjahu, sondern auch von fast allen maßgeblichen Oppositionspolitikern betont. Im Gegensatz zu den meisten Debatten in der internationalen Politikwissenschaft, in denen die Ajatollahs im Rahmen der völlig unrealistischen Konzepte der „Realistischen Schule“ in der Lehre von den internationalen Beziehungen als ein im westlichen Sinne rationaler Akteur einzuordnen versucht werden, wird in Israel stets auf den antisemitischen Charakter des seiner eigenen Rationalität folgenden iranischen Regimes verwiesen, ohne den seine aggressive, Milliarden verschlingende, Israel immer wieder ins Zentrum der eigenen Anstrengungen rückende Außenpolitik nicht angemessen beurteilt werden kann. Und ebenso geduldig wie nachdrücklich versuchen israelische Politiker unterschiedlichster Couleur ihren

westlichen Gesprächspartnern klar zu machen, dass trotz der diversen sunnitisch-djihadistischen Milizen in Syrien und dem Irak, und auch trotz des IS, über dessen Rolle als Avantgarde eines völlig perspektivlosen Massenmordislaams sich in Tel Aviv und Jerusalem mit Sicherheit niemand Illusionen macht, in militärischer Hinsicht weiterhin das iranische Regime, die Hisbollah und ihre Verbündeten die derzeit entscheidende Bedrohung für Israel darstellen. Selbstverständlich ist der IS eine durch und durch antisemitische Organisation, was sich nicht zuletzt in jener offen judenfeindlichen Wahl der Terrorziele seiner Kader und Anhänger in Europa manifestiert, die in deutschen und österreichischen Medien so gerne unter den Tisch gekehrt wird. Hinsichtlich der Bekämpfung Israels verfolgt der IS jedoch eine andere Strategie als das iranische Regime und hat ein eigenes Strategiepapier zur Frage des Jihad in Palästina veröffentlicht, in dem er sein Unverständnis dafür zum Ausdruck bringt, warum Juden mehr bekämpft werden sollten als andere „Ungläubige“. <sup>56</sup> Perspektivisch müsse es selbstverständlich auch gegen die Juden in Israel gehen, dafür sei aber zunächst der Sturz der „ungläubigen“ arabischen Herrscher in den Nachbarländern des jüdischen Staates notwendig, was erklärt, warum sich der IS derzeit sowohl militärisch als auch propagandistisch gegenüber Israel vergleichsweise zurückhält, aber immer wieder Versuche unternimmt, auf der ägyptischen Sinai-Halbinsel oder – nicht zuletzt auf Grund der engen Kooperation zwischen Amman und Jerusalem bisher deutlich weniger erfolgreich – in Jordanien Fuß zu fassen. Anders als das iranische Regime, das für seinen antiisraelischen Kurs problemlos über sonstige Differenzen beispielsweise mit der sunnitischen Hamas hinwegsehen kann und auch für Kooperationen mit vermeintlich moderaten oder links-säkularen palästinensischen Organisationen jederzeit zur Verfügung steht, solange es nur gegen den gemeinsamen zionistischen Todfeind geht, erteilt der IS einer derartigen antiisraelischen Bündnispolitik eine explizite Absage, verteufelt nicht nur „säkulare und kommunistische Bewegungen“ wie Fatah, PFLP und DFLP, sondern auch die unmittelbar

54 Ebd. S. 109; 111.

55 Ebd. S. 14.

56 ISIS: Jihad In Palestine Does Not Take Precedence Over Jihad Elsewhere. [http://www.memri.org/report/en/0/0/0/0/0/9089.htm#\\_edn3](http://www.memri.org/report/en/0/0/0/0/0/9089.htm#_edn3), 22. 3. 2016.

mit dem Iran kooperierenden „Ungläubigen“ von der Hisbollah und dem Islamischen Jihad sowie die „Apostaten“ von der Hamas. Der IS droht allen palästinensischen Fraktionen, die weiterhin ihrem Nationalismus frönen, anstatt sich den hehren Zielen des IS-Kalifen für eine von „Polytheismus“ und „Unglauben“ in jeglicher, keineswegs bloß jüdischer Ausprägung „gesäuberten Welt“ unterzuordnen.

Die Programmatik des iranischen Regimes, die auf das konkrete Geschehen im Nahen Osten heute ungleich mehr Einfluss hat als die Überbleibsel der marxistisch-leninistischen Ideologie oder auch die neusten Moden des antinationalen Israel-bashings, hat Wahied Wahdat-Hagh treffend als „eliminatorschen Antizionismus“ beschrieben.<sup>57</sup> Die Ideologie Khomeinis, bis heute der zentrale Bezugspunkt aller Fraktionen im Herrschaftsgefüge der „Islamischen Republik“, richtet sich aber keineswegs nur gegen den israelischen Staat, sondern proklamiert, auch wenn das im gegenwärtigen Iran im Vergleich zu Khomeinis Zeiten etwas in den Hintergrund getreten ist, offen die Feindschaft zum Judentum. Der Revolutionsführer sah den Islam seit seiner Gründung in einer Konfrontation mit den Juden. Khomeini war in einer klassischen Projektion seiner eigenen globalen Herrschaftsgelüste davon überzeugt, er müsse gegen die Errichtung einer jüdischen Weltherrschaft kämpfen, von der er bereits in seiner zentralen Schrift *Islamic Government* phantasierte, einer Sammlung von Vorlesungen, die er Anfang der 1970er Jahre im irakischen Exil gehalten hat.

Große Bedeutung für die Verbreitung des Antisemitismus im Iran hatte die 1978 ins Persische übersetzte antisemitische Hetzschrift *Die Protokolle der Weisen von Zion*, die in den folgenden Jahrzehnten von staatlichen Stellen im Iran in großen Auflagen immer wieder neu herausgegeben wurde – mitunter mit geänderten Titeln wie *Protokolle der jüdischen Führer zur Eroberung der Welt*.<sup>58</sup> Hier wird bereits deutlich, dass die zeitweiligen Bemühungen seitens

der iranischen Führung, mitunter zwischen Juden und Zionisten deutlicher zu unterscheiden, stets wieder konterkariert werden. Zudem wird in der iranischen Propaganda über „die Zionisten“ stets in eben jenem verschwörungstheoretischen Geraune geredet, das aus dem klassischen Antisemitismus gegenüber Juden bekannt ist. Der Zionismus wird in der Ideologie und Propaganda des iranischen Regimes nicht als ein gewöhnlicher politischer Gegner attackiert, sondern als Grundübel, das für nahezu alle Probleme in der Welt verantwortlich sei, und dessen Auslöschung daher den Weg zur Erlösung bereite. Dementsprechend wird alles, was den eigenen Herrschaftsansprüchen im Weg steht, als ‚zionistisch‘, ‚im Auftrag der Zionisten agierend‘ oder auch explizit als jüdisch gebrandmarkt: Konsequenterweise outen Regimevertreter und hohe Kleriker im Iran mittlerweile selbst ihre islamistischen Konkurrenten, die wahhabitische Herrscherfamilie in Saudi-Arabien, als Juden und erklären, der Weg zur „Befreiung Jerusalems“ führe über Mekka und Medina.<sup>59</sup>

Nahezu alle Topoi des modernen Antisemitismus lassen sich in der Ideologie der iranischen Islamisten nachweisen, insbesondere die Verherrlichung einer konkretistisch verklärten, organischen, authentischen, schicksalhaften und harmonischen Gemeinschaft, die gegen eine chaotisch-abstrakte, entfremdete, zersetzende, künstliche, unmoralische, materialistische, widersprüchliche und letztlich mit den Juden und dem Zionismus assoziierte Gesellschaftlichkeit in Anschlag gebracht wird. Während der Nationalsozialismus eine Trennung in ‚raffendes‘ und ‚schaffendes‘ Kapital vornimmt und ersteres mit den Juden und letzteres mit der arischen Volksgemeinschaft identifiziert, proklamieren die Ajatollahs eine „islamische Wirtschaft“ als Gegenentwurf zum „parasitären Kapitalismus“: „Die Überzeugung, die Ausbeutung aus dem kapitalistischen Wirtschaften exkludieren und an einen Feind des Islam delegieren zu können, führt die religiösen Füh-

57 Wahied Wahdat-Hagh: Die Herrschaft des politischen Islam im Iran. Ein Überblick zu Struktur und Ideologie der khomeinistischen Diktatur. In: Stephan Grigat; Simone Dinah Hartmann (Hg.): Der Iran. Analyse einer islamischen Diktatur und ihrer europäischen Förderer. Innsbruck/Bozen/Wien 2008, S. 44.

58 Siehe Walter Posch: Juden im Iran. Anmerkungen zu einem antizionistischen Brief an Mahmoud Ahmadinejad. In: David. Jüdische Kulturzeitschrift, Heft 84, 2010, S. 32.

59 <http://www.iranian-americans.com/blatant-anti-semitism-new-wave-of-anti-jewish-hatred-by-iranian-regime/>, 22. 2. 2016. Früher sollte es über Nadjaf und Kerbela in Richtung des „künstlichen Gebildes“ gehen. Aber nachdem das Regime seinen Einfluss im Irak unter den Augen der Obama-Administration massiv ausbauen konnte, kann es sich nun verstärkt auf Saudi-Arabien konzentrieren.

rer im Iran nicht nur zu einer religiösen, sondern zu einer antisemitischen Kapitalismuskritik.<sup>60</sup>

Insofern ist es alles andere als überraschend, dass die Hetze und die Vernichtungsdrohungen gegen Israel weder durch den Amtsantritt Rohanis noch nach dem Wiener Atomabkommen aufgehört haben. Rohani hält den jüdischen Staat für einen „eiternden Tumor“ und wettet ganz so wie Ali Khamenei regelmäßig gegen das „künstliche Regime von Israel“, womit er den zunächst nationalsozialistischen und später linken und arabisch-nationalistischen Klassiker wieder aufgreift.<sup>61</sup> Wenige Tage vor dem Atomabkommen vom Juli 2015 war es der stets als „moderat“ gehandelte Ali Akbar Hashemi Rafsandjani, der abermals verkündete, Israel werde demnächst von der Landkarte gestrichen. Zur Zeit der Finalisierung des Atomabkommens wurde Khameneis 400-Seiten-Buch *Palestine* in einer Neuauflage veröffentlicht, in der er Israel abermals als „Krebsgeschwulst“ bezeichnete, das vernichtet werden müsse.<sup>62</sup> Und für alle, die trotz derartiger, permanent wiederholter Äußerungen immer noch über Sinn und Ausrichtung des iranischen Atom- und Raketenprogramms rästelten, testete das Ajatollah-Regime Anfang März 2016 in klarer Verletzung von Resolutionen des UN-Sicherheitsrates ballistische Raketen, auf denen abermals die Forderung nach der Vernichtung Israels prangte, diesmal nicht nur in Farsi, sondern – als ganz besonderer Service für den Adressaten – auch auf Hebräisch.

Nachdem sich für das iranische Regime nach der Wahl Rohanis und im Verlauf der Verhandlungen über das Atomprogramm gezeigt hatte, dass es seine Position gegenüber dem Westen und in der Region deutlich verbessern konnte und kaum noch mit Kritik seitens der EU oder der USA rechnen muss, verschwand auch die zeitweise Zurückhaltung hinsichtlich der Holocaustleugnung wieder. Im Herbst 2014 verschafften die Ajatollahs der Internationale aus Verschwörungstheoretikern und Antisemiten abermals eine Bühne, als in der ira-

nischen Hauptstadt die „2nd New Horizon Conference“ stattfand. Einer der Gäste, um nur ein Beispiel zu geben, war der italienische Geschichtswissenschaftler Claudio Moffa, dem auf der Konferenz-Website offenherzig bescheinigt wird: „Er erlangte internationalen Ruhm durch seine revisionistischen Statements, insbesondere durch seine öffentliche Leugnung des Holocaust.“<sup>63</sup> Von Seiten des iranischen Regimes war die Konferenz hochrangig besetzt: Saeed Jalili, 2013 unterlegener Präsidentschaftskandidat und früher sowohl Chefverhandler für das Atomprogramm als auch Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates, nahm ebenso teil wie Alaeddin Borojerdi, der gegenwärtige Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des iranischen Pseudoparlaments und Ali Asghar Soltanieh, der langjährige Repräsentant des Regimes bei der Internationalen Atomenergie-Organisation in Wien.

Der Unterschied zur Holocaust-Leugner-Konferenz 2006 ist eindeutig: Während die damalige Veranstaltung fast auf der ganzen Welt verurteilt wurde und großes Medieninteresse erregte, gab es in Zeiten der Präsidentschaft des dauerlächelnden Rohani an nennenswerten Protesten nur eine Stellungnahme von Abraham Foxman, dem Direktor der Anti Defamation League. Im Oktober 2013 hatte Rohani noch dafür gesorgt, dass eine derartige Konferenz kurz nach seinem Amtsantritt nicht stattfinden konnte. Sie wäre zu dieser Zeit der Charmeoffensive gegenüber dem Westen im Wege gestanden. Inzwischen sieht sich das iranische Regime zu derartigen Rücksichtnahmen offensichtlich nicht mehr veranlasst, wie 2016 nochmals beim Holocaust-Karikaturen-Wettbewerb deutlich wurde.<sup>64</sup>

2015 hat sich auch der US-Präsident in die Debatte über den Charakter des iranischen Regimes

63 [http://newhorizon.ir/index.php?option=com\\_content&view=article&id=155:prof-claudio-moffa&catid=34&Itemid=31](http://newhorizon.ir/index.php?option=com_content&view=article&id=155:prof-claudio-moffa&catid=34&Itemid=31).

64 Der iranische Außenminister Mohammed Dschawad Zarif behauptet im Westen gerne, derartige Veranstaltungen würden im Iran unabhängig von staatlichen Stellen organisiert. Zur unmittelbaren Verantwortung der Rohani-Regierung für den „Holocaust-Karikaturen-Wettbewerb“ und ähnliche Events siehe ausführlich Majid Mohammadi: Iranian Holocaust Cartoon Competitions and Exhibitions: Goals, Sponsors, and Themes. <https://www.usmmm.org/m/pdfs/PoliticalAnalysisEnglishFINAL.pdf>, 11. 5. 2016.

60 Ulrike Marz: Kritik des islamischen Antisemitismus. Zur gesellschaftlichen Genese und Semantik des Antisemitismus in der Islamischen Republik Iran. Berlin 2014, S. 138.

61 <http://www.presstv.ir/detail/2014/07/29/373257/zionists-takfiris-festering-region-tumors/>, 19. 8. 2013. <http://www.timesofisrael.com/iran-unveils-15-year-nuclear-enhancement-program/>, 31. 8. 2015.

62 <http://german.irib.ir/nachrichten/revolutionsoberhaupt/item/285966-palastina-aus-der-sicht-ajatollah-khameneis>, 9. 7. 2016.



eingeschaltet – und sich wenig überraschend bei jenen eingereicht, welche die Bedeutung des Antisemitismus des iranischen Regimes systematisch herunterspielen. Obama meinte: „Wenn jemand antisemitisch ist, oder rassistisch [das scheint für den Präsidenten das Gleiche zu sein], hält einen das nicht davon ab, am eigenen Überleben interessiert zu sein. ... Die Tatsache, dass der Oberste Führer [Ali Khamenei] ein Antisemit ist, heißt nicht, dass das über all seinen anderen Überlegungen steht.“<sup>65</sup> Das einzig Gute an diesem Statement war, dass das Weiße Haus erstmals offiziell eingestanden hat, dass Khamenei ein Antisemit ist. Aber jenseits davon drückt sich in dieser Stellungnahme ein gefährliches Unverständnis des nicht nur mörderischen, sondern stets auch selbstzerstörerischen Potentials des modernen Antisemitismus und der Märtyreriologie des iranischen Regimes aus. Obama meint, explizit auf den historischen europäischen Antisemitismus angesprochen, Antisemiten würden durchaus „irrationale Entscheidungen treffen“, aber lediglich hinsichtlich „Diskriminierungen“ und hinsichtlich des „Versuches, antisemitische Rhetorik“ als „organizing tool“ zu verwenden, also als Mittel zum Zweck: „At the margins, where the costs are low, they may pursue policies based on hatred as opposed to self-interest.“ Doch durch ökonomische Anreize könnten Antisemiten von ihrem antisemitischen Handeln abgehalten werden. Für das iranische Regime seien „the costs not low“ und man könne auf das Selbsterhaltungsinteresse der Ajatollahs setzen.<sup>66</sup> Wenn dies das Verständnis von Antisemitismus ist, scheint es zumindest im Sinne bestimmter Konzeptionen von „Realpolitik“ nur konsequent, Deals mit Khamenei zu schließen.

Wie sehr das Wiener Abkommen auf einer Fehleinschätzung des iranischen Regimes aufbaut, hat zuletzt das Göttinger Politikwissenschaftler-Duo Sarah Sinnreich und Behrouz Khosrozadeh in einer bei Köster erschienenen Studie herausgestrichen. Mit Verweis auf den institutionellen Aufbau des iranischen Regimes legen sie ausführlich dar, warum die „Islamische Republik“ nicht reformierbar ist, und inwiefern das Dauergeplänkel zwischen vermeintlichen „Reformern“ und so genannten „Hard-

linern“, zwischen „Moderaten“ und „Konservativen“ letztlich nur der Stabilität der Herrschaft der Ajatollahs dient. Sie schreiben gegen die seit der Wahl Rohanis geradezu endemisch gewordene Verharmlosung des iranischen Regimes an und rufen die Bedeutung der iranischen Revolution von 1979 für die diversen Spielarten des globalen Islamismus in Erinnerung, die Samuel Salzborn zuletzt treffend als „aggressivste und brutalste Variante“ eines „universalen Antiuniversalismus“ bezeichnet hat, dessen „terroristische Realisierung islamistischer Herrschaftsansprüche“ die gegenwärtig größte Bedrohung für Israel darstellt.<sup>67</sup> Sinnreich und Khosrozadeh skizzieren die ideologischen Grundlagen des Khomeinismus und lassen die Amtszeiten der Präsidenten Mohammed Khatami und Mahmud Ahmadinejad Revue passieren. Die Autoren verweisen auf die Kontinuität der Herrschaftsausübung im Iran nach der Präsidentschaftswahl 2013, auf die fortgesetzte Holocaust-Leugnung, die deutlich steigenden Hinrichtungszahlen unter Rohani und die Kürzungen im Sozialbereich bei massiver Steigerung der Ausgaben für das reguläre Militär und die Pasdaran: „Rohani rügt einerseits die Revolutionswächter, zugleich steigert er deren Budget im Vergleich zum Vorjahr um 50 Prozent.“<sup>68</sup>

Die Studie ruft in Erinnerung, dass die konkurrierenden Fraktionen in der Islamischen Republik sich kaum darum streiten, was die Ziele der islamischen Revolution sind, sondern in erster Linie darum, wie diese Ziele am besten erreicht werden können. Bemerkenswert ist sowohl die Kritik an in deutschsprachigen Medien dauerpräsenten Iran-Experten wie Michael Lüders und Udo Steinbach, denen Naivität hinsichtlich der irrationalen Elemente in der khomeinistischen Ideologie attestiert wird, als auch an exiliranischen Autoren wie Bahman Nirumand, der „dem Westen sein Sündenregister der letzten 200 Jahre“ vorhalte, aber keine praktikablen Vorschläge zur Beseitigung des Atomprogramms und zur Bekämpfung des Regimes biete. Gerade jene iranischen Linksintellektuellen, die 1979 „ge-

65 <http://www.theatlantic.com/international/archive/2015/05/obama-interview-iran-isis-israel/393782/>, 31. 5. 2016.

66 Ebd.

67 Samuel Salzborn: Kampf der Ideen. Die Geschichte politischer Theorien im Kontext. Baden-Baden 2015, S. 152.

68 Sarah Sinnreich; Behrouz Khosrozadeh: Iran – Republik der Täuschung, Tricks und Propaganda. Die Nuklearmachtambitionen des schiitischen Gottesstaates. Berlin 2015, S. 173.

genüber den religiösen Fanatikern geradezu blind“ gewesen seien, würden heute lieber den Westen kritisieren, als die „mensenverachtenden Praktiken der weltfremden religiösen Diktatur im Iran“ anzuprangern.<sup>69</sup> Solche Autoren reproduzierten die simple antiimperialistische Weltsicht, in der das iranische Regime stets als David erscheine, der sich gegen den imperialistischen Goliath zur Wehr setze. Sinnreich und Khosrozadeh hingegen charakterisieren die iranische Bevölkerung als den David, dem in Gestalt des iranischen Regimes ein wahrhaftig „barbarischer Goliath“ gegenüberstehe.<sup>70</sup>

Auch in einem weiteren entscheidenden Punkt hebt sich das Autorenduo von den gängigen Einschätzungen des linken exiliranischen Milieus ab: Sie verteidigen vehement die Sanktionspolitik der letzten Jahre gegen Teheran als „richtig und notwendig“, und „ungeachtet des populistischen Kriegshetzer-Vorwurfs“ stellen sie zumindest die Frage, „ob ein begrenzter Angriff auf Irans Nuklearanlagen“ nicht zumindest eine Option sein muss, so alle anderen Bemühungen scheitern. Entgegen der Mär vom automatischen Zusammenrücken der iranischen Bevölkerung bei einer Intervention von außen sehen sie bei einer militärischen Eskalation „den Sturz des Regimes durchaus im Bereich des Möglichen“.<sup>71</sup>

Leider finden sich in dem Band auch einige fragwürdige, nicht weiter ausgeführte Anmerkungen zum Konflikt zwischen den Palästinensern und Israel vor dem Hintergrund der iranischen Bedrohung. So behaupten Sinnreich und Khosrozadeh, die Regierungen in Jerusalem würden sich für einen Regimewechsel im Iran nicht interessieren, und Israel habe abgesehen von der Nukleargefahr „keine Schwierigkeiten mit der Islamischen Republik Iran“<sup>72</sup>. Dies ist schlicht falsch – nicht nur angesichts der mittlerweile zahlreichen, mal impliziten, mal expliziten Aufforderungen hochrangiger israelischer Politiker zum Sturz des iranischen Regimes, die sich aus dem Bewusstsein speisen, dass alle Gefahren, die von den herrschenden Ajatollahs ausgehen, auf Dauer nur verschwinden werden, wenn dieses Regime verschwindet, sondern auch wegen der vom Autorenduo selbst eindrücklich nach-

gezeichneten Teheraner Expansionspolitik und der massiven Förderung schiitischer und sunnitischer Terrororganisationen an den Grenzen Israels, an denen mittlerweile, wie im Juli dieses Jahres, hochrangige iranische Militärs wie der Basidj-Befehlshaber Mohammad Reza Naqdi, der „die Vernichtung Israels in den nächsten 10 Jahren“ für „unvermeidlich“ hält, höchstpersönlich auftauchen.<sup>73</sup>

Anders allerdings als Lüders und ähnliche Nahost-Experten, welche die Bedrohung Israels durch das iranische Regime in einer atemberaubenden Projektion regelmäßig in Kriegslüsterheit des jüdischen Staates gegen den Iran umdeuten, zeichnen Sinnreich und Khosrozadeh ein realistisches Bild, sowohl von den Vernichtungsfantasien der herrschenden Mullahs als auch von den israelischen Handlungsoptionen gegenüber dem iranischen Regime und halten fest, dass Israel in keinem Fall „unbedacht einen Krieg beginnen“ würde. Sie betonen die Zentralität der antiamerikanischen und antiisraelischen Hetze für die Ideologie des Regimes und kritisieren jene „naiven westlichen Experten“, die meinen, die Parolen gegen Israel und die USA seien für die Machthaber in Teheran lediglich Rhetorik.<sup>74</sup>

Für alle, die immer noch an einen „zivilen“ Charakter des iranischen Nuklearprogramms glauben, tragen Sinnreich und Khosrozadeh abermals akribisch alle Fakten, Beweise und Indizien zusammen, die in aller Eindeutigkeit auf den militärischen Charakter der iranischen Atomambitionen verweisen, der mittlerweile selbst von hohen Regime-Repräsentanten wie dem Ex-Präsidenten Rafsandjani eingestanden wird. Dass auch jene Einrichtungen des Atomprogramms, die laut dem Wiener Abkommen nun nur mehr zu medizinischen Forschungszwecken dienen sollen, weiterhin Bestandteil dieser Ambitionen

73 <http://www.timesofisrael.com/top-iranian-commander-visited-israeli-syrian-border/>, 27. 7. 2016. Naqdi hält „die Vernichtung Israels in den nächsten 10 Jahren“ für „unvermeidlich“. <https://nowruziran.wordpress.com/2016/09/27/head-basij-reza-naqdi-pasdar-an-israel-elimination-inevitable/>, 23. 9. 2016. Im September 2016 wurde bekannt, dass israelische Regierungs- und Sicherheitskreise kurz nach dem Wiener Abkommen eine ganze Reihe prominenter exiliranischer Oppositioneller nach Israel zu einer Konferenz eingeladen hatte, um gemeinsam über die Auswirkungen des Atomdeals zu diskutieren. Siehe <http://www.timesofisrael.com/after-nuke-deal-was-signed-iran-dissidents-came-to-israel-to-discuss-its-consequences/>, 15. 9. 2016.

74 Sinnreich/Khosrozadeh: Iran (wie Anm. 68), S. 148, 39.

69 Ebd. S. 170; 163.

70 Ebd. S. 145.

71 Ebd. S. 183; 169.

72 Ebd. S. 147.

sind, wurde im August dieses Jahres deutlich, als das iranische Regime die von Russland gelieferten hochmodernen S-300-Abwehrraketen zur unterirdischen Atomanlage in Fordow verlegte, und damit wohl die mit Abstand am besten geschützte „medizinische Forschungseinrichtung“ der Welt schuf.

Sinnreich und Khosrozadeh erheben Einspruch gegen die derzeit sowohl in der europäischen als auch der US-amerikanischen Politik vorherrschende Einschätzung, die Machthaber in Teheran könnten in eine Politik der Stabilisierung eingebunden werden, was auch immer „Stabilisierung“ angesichts des mittlerweile katastrophalen Zustands der Region bedeuten soll. Zum Kern der Identität des iranischen Regimes gehöre die ständige innen- und außenpolitische Krisenerzeugung. Dementsprechend benennen sie die iranische Politik im Irak als einen der Hauptgründe für die gegenwärtige desaströse Lage im Nahen Osten.

Zurecht konstatieren sie, dass das Wiener Abkommen vom iranischen Regime als „Freibrief für die innenpolitischen Restriktionen“ gesehen wird, und die durch den Atomdeal freigesetzten Milliarden der „Unterstützung des Assad-Regimes und der libanesischen Hisbollah zugute kommen“ werden<sup>75</sup> – eine Einschätzung, die unlängst Hassan Nasrallah, der Generalsekretär der Hisbollah, nochmals bestätigt hat, als er sich im Sommer 2016 sehr offenherzig über die iranischen Quellen seiner Macht und die Ermöglichung seines massiven Bedrohungspotenzials gegen Israel durch Teheran äußerte.<sup>76</sup>

Sinnreichs und Khosrozadehs knappe Darstellung der in Wien festgelegten Einschränkungen und Kontrollen des Nuklearprogramms spart allerdings entscheidende Probleme der Vereinbarung aus. Gerade vor dem Hintergrund ihrer Einschätzung, dass es für das iranische Regime nur um ein „vorläufiges Einlenken“ zum Zwecke der wirtschaftlichen Erholung geht, das Regime seine Taktiken des Täuschens, Verschleierns und Zeitschindens nahezu perfektioniert hat, und die herrschenden Ajatollahs und Pasdaran die Atombombe wohl kaum dauerhaft „aus der Agenda streichen werden“<sup>77</sup>, wäre

75 Ebd. S. 178.

76 Siehe <https://www.yahoo.com/news/hezbollah-brushes-off-us-sanctions-says-money-comes-175216620.html>, 24. 6. 2016.

77 Sinnreich/Khosrozadeh: Iran (wie Anm. 68), S. 183.

aber gerade die Diskussion der eklatanten Mängel des Atomdeals notwendig, der die Gefahren des iranischen Atomprogramms nicht beseitigt, sondern langfristig institutionalisiert hat.<sup>78</sup>

Für die deutsche und österreichische Exportwirtschaft erfüllt das Abkommen hingegen voll und ganz seinen Zweck: Die Wirtschaftsdelegationen, mal geführt von der CSU-Ministerin Ilse Aigner aus Bayern, mal vom grünen Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir aus Hessen, mal vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Stefan Weil aus Niedersachsen oder gleich von seinem Parteivorsitzenden, Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, geben sich in Teheran die Klinke in die Hand, während hohe Regimevertreter in Wien derzeit insbesondere von der ÖVP hofiert werden. Dabei lässt man sich die Geschäftslaune auch dann nicht verderben, wenn man, wie Weil, bei seinen Gesprächen im Iran unmittelbar mit der Ideologie des Regimes konfrontiert wird: Rafsandjani erklärte seinem Gast bei seinem Besuch im Frühjahr 2016, vor dem Zweiten Weltkrieg hätten „die Zionisten Europa mit Geld und Medien unsicher gemacht“. Deutschland habe sich rächen wollen und „diese Leute nach Palästina geschickt“, wodurch der Staat Israel entstanden sei. Vielleicht seien ja sechs Millionen Juden im Zweiten Weltkrieg umgekommen, gestand der Ex-Präsident und heutige Vorsitzende des einflussreichen Schlichtungsrates großzügig zu, nachdem er früher noch verkündet hatte, nach seinen eigenen Forschungen seien es höchstens 20 000 gewesen.<sup>79</sup> Doch das sei alles nichts im Vergleich zu den 20 Millionen Toten und acht Millionen Vertriebenen nach der Gründung Israels.<sup>80</sup>

Mittlerweile verzweifeln selbst deutsche Sicherheitsbehörden an der blinden Begeisterung des politischen Personals für die neuen Geschäftsmöglichkeiten im und mit dem Iran. Das Bundesamt für Verfassungsschutz attestierte in seinem Anfang

78 Aktuell und ausführlich zu den Auswirkungen des Wiener Abkommens, sein Zusammenhang mit der US-Politik in Syrien und der grundlegenden Umorientierung in der Nahost-Politik der USA unter Obama siehe Jay Solomon: *The Iran Wars. Spy games, bank battles, and the secret deals that reshaped the Middle East*. New York 2016.

79 Anti-Defamation League. *Holocaust Denial in the Middle East. The Latest Anti-Israel Propaganda Theme*. New York 2001, S. 8.

80 [http://mobil.nwzonline.de/politik/niedersachsen/herzlicherempfang-mit-abruptem-ende\\_a\\_6,1,2390575300.html](http://mobil.nwzonline.de/politik/niedersachsen/herzlicherempfang-mit-abruptem-ende_a_6,1,2390575300.html), 18. 4. 2016.

Juli dieses Jahres vorgestellten Jahresbericht dem iranischen Regime, seine „illegalen Beschaffungsversuche in Deutschland“ befänden „sich weiterhin auf einem auch im internationalen Vergleich quantitativ hohen Niveau“ und zielten insbesondere auf „Güter, die im Bereich Nukleartechnik eingesetzt werden können“. Das iranische Regime habe insbesondere die Aktivitäten verstärkt, an Technik für den Bau von Raketen heranzukommen: „Im Bereich des ambitionierten iranischen Träger-technologieprogramms, das unter anderem dem Einsatz von Kernwaffen dienen könnte, ist eine steigende Tendenz der ohnehin schon erheblichen Beschaffungsbemühungen festzustellen“, und es seien auch für die Zukunft „intensive Beschaffungsaktivitäten des Iran unter Nutzung konspirativer Methodik in Deutschland zu erwarten.“<sup>81</sup>

Gedeckt werden sowohl die legalen wie auch die illegalen Tätigkeiten des iranischen Regimes in den Nachfolgestaaten des Nationalsozialismus wie eh und je durch einen mal „kritischen“, mal „kulturellen“ und mal „menschenrechtlichen Dialog“. Worum es der iranischen Seite bei diesem Dauerdiallog zu tun ist, hat unlängst Sadegh Larijani, Irans einflussreicher Justizchef, nochmals unmissverständlich klargestellt als er erklärte, selbstverständlich könne über die Menschenrechtssituation im Iran gesprochen werden – wenn im Gegenzug auch das menschenrechtswidrige Verbot der Holocaust-Leugnung in Europa endlich auf den Tisch komme.<sup>82</sup>

81 <http://www.tagesspiegel.de/politik/irans-nuklearprogramm-israel-beunruhigt-ueber-beschaffungsversuche-in-deutschland/13827030.html>, 4. 7. 2016.

82 <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2016/08/iran-judiciary-human-rights-larijani-negotiations.html#ixzz4GRemDqdS>, 4. 8. 016.